

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Inland. Ausland 4 RM. 15 Pf. (inkl. Porto). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Gebühr: Einzelnummern 10 Pf., 10 Nummern 1 RM., 100 Nummern 10 RM., 1000 Nummern 100 RM. (inkl. Porto). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der Druck- und Anzeigenangaben übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jede Haftung für Schäden, die durch die Druck- oder Anzeigenangaben entstehen, ist ausgeschlossen. — In Verbindung eingehender Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Reklamzeile 20 Rp., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklamzeile im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachverteilungsgeld 20 Reichsmark. Besondere Anzeigen werden nach Maßgabe der Nachfrage bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermittelt. Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Kabellationspreis enthält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß, oben der Auftragsgeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 5 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 7. Januar 1930

Eisernwonzen und Del

Der Prozeß gegen die Eisernwonzenfälscher.

Ein Riesenmünzverbrechen. „... und Mars regiert die Stunde.“ Dieses Wort in Schillers „Wallenstein“ ist zwar der Gegenwart noch längst nicht zur Vergangenheit geworden, nur wird der Kriegsgott oft selbst trotz seiner Robustheit von heimlichen, aber starken Händen gelenkt. So sehr, daß man mit viel größerer Berechnung sagen kann: „Das — O! regiert die Stunde.“ Die sehr, das wird wohl in großen Strichen der gerade jetzt in Berlin beginnende „Eisernwonzenfälscher“-Prozeß nicht mehr enthüllen, wohl aber deutlich genug zeigen. Denn von den Angeklagten, die beschuldigt werden, russische Banknoten in Riesenmassen gefälscht zu haben, wird die Beweisführung versucht werden, daß es sich dabei um eine politische Tat handele. Gelingt ihnen das, so fällt die schon lange zurückliegende Notenfälschung unter die zwischen erlassenen Amnestien. Aber viel mehr interessiert hier die politischen Zusammenhänge, die Personen, die dabei mitspielen, und die wirtschaftlichen Hintergründe des vielfach sich durchkreuzenden politischen Spiels.

Da sind zunächst die eigentlichen Angeklagten, kaukasische Emigranten, die die Heimat an die Moskauer Sowjetregierung verloren haben und seitdem das schwere Schicksal politischer Flüchtlinge tragen. Nur trübselig tragen und jedes Mittel billigen, anwenden, das geeignet ist, ihnen den Weg in die Heimat und zur Rettung der Heimat aus Sowjethänden zu öffnen. Für sie ist der Bolschewismus, der sie aus der Nacht jagte, einfach der Feind. Ihn zu vernichten, ist ihre Methode zu billigen, die zum Ziel führt. Auch die Notenfälschung im großen, um die russische Währung in die Luft zu sprengen.

Aber dieser Kreis der Georgier ist nur Werkzeug. Wird genutzt von Mächtigeren. Von jenen Oligarchen, denen die Sowjetregierung die Petroleumfelder im Kaukasus, vor allem in Baku, ohne jegliche Entschädigung enteignete. Dazu gehört wohl auch Nobel, nach dessen Namen — oder vielmehr nach dem seines viel berühmteren Vaters — die größte Petroleumgesellschaft in Baku genannt wurde. Und die Finger im Spiel hatte vor allem Herr Deterding, der Beherrscher der Royal Dutch Shell Company, jenes riesenhaften englisch-holländisch-perfisch-indischen Petroleumkonzerns, der vor einigen Jahren den Kampf, den „Ölkrieg“, sogar mit dem amerikanischen Riesentrust Rockefeller, des „Petroleumkongl.“, aufnahm. Auch hier spielten die kaukasischen Ölfelder Sowjetrußlands die entscheidende Rolle: Deterding wollte die Russen niederkämpfen, weil diese sich nach wie vor weigerten, auch nur die geringste Entschädigung an die früheren Besitzer zu zahlen. Da haben die Amerikaner bald nicht mehr mitgemacht, afforbierten mit der Sowjetregierung, die ihrerseits außerdem zu kräftigen, wirtschaftlich erfolgreichen Gegenmaßnahmen griff. Bis dann — unter großen Verlusten für Herrn Deterding, der übrigens mit zu den reichsten Männern der Welt zählt — die Streitigkeit allgemein begraben wurde, sich jetzt ja schließlich auch das offizielle England wieder mit Moskau vertritt.

Und noch von dritter Seite her wurden Haken — diesmal politischer Art — in das Gewebe hineingeflochten. Der Name des deutschen Generals Kossmann taucht auf, des bekannten Mitarbeiters Hindenburgs und Lubendorfs an der Ostfront während des Weltkrieges, deutscher Friedensunterhändler in Prost-Titow 1918, wo er die ersten Verhandlungen mit den Bolschewisten mit dem berühmten Kaufschlag beendete, der den Krieg gegen Sowjetrußland wieder entbrennen ließ. Für ihn blieb auch in den Jahren hernach der Bolschewismus der Feind jeder Kultur, des Mittel- und Westeuropas; sein Buch „Das rote Moskau“ wurde die Programmschrift für die Bekämpfung des Kommunismus. Er fand die Verbindung oder man suchte die Verbindung mit ihm aus jenen anderen beiden Kreisen her, — doch er ist tot und sein Zeugnis, das vielleicht das interessanteste geworden wäre, fehlt vor dem Gericht. Und deshalb wird es wohl auch nicht mehr aufzuklären sein, welche Rolle eigentlich dieser frühere preussische General in dieser großen Aktion gegen Moskau spielen sollte, ob eine militärische...? Er selbst hat das noch bestritten, als die aufsehenerregenden Enthüllungen über dieses ganze Gewebe bekannt wurden. Er hat aber nie ein Hehl aus seiner Gesinnung gemacht.

Ob es eben „ein ganz besonderer Saft“ heutzutage, da es die Konkurrenz mit der früheren wirtschaftlichen Weltbeherrscherin, der Steinkohle, siegreich durchgeführt hat. Da es mit zum wichtigsten Faktor in der Weltwirtschaft und beim Kampf um sie geworden ist.

Die Gerichtsverhandlung. Berlin-Moabit. Großer Andrang in dem Saale, in dem gegen die Eisernwonzenfälscher verhandelt wird. Sieben Ver-

jonen, die des Münzverbrechens, der Beihilfe dazu, des Betruges, der Urkundenfälschung usw. beschuldigt sind, sitzen auf der Anklagebank. Das Verfahren gegen zwei andere muß abgetrennt werden, weil der eine von ihnen, der Buchdruckermeister Schneider, nicht erschienen ist, und der andere nur von diesem Schneider belastet wird. Unter den sieben, die zur Stelle sind, befinden sich die Georgier Basilius Sabatieraschwili und Calwa Karumidse. Die anderen Angeklagten sind die Ingenieure Dr. Leonhard Becker und Dr. Eugen Weber aus München, der Kaufmann Wilhelm Schmidt aus Nürnberg, der Buchhändler Karl Höhle aus Frankfurt a. M. und der Elektroingenieur Georg Bell aus München. Der Georgier mit dem schwierigen Namen Sabatieraschwili sitzt seit mehr als 27 Monaten in Untersuchungshaft; er spricht deutsch, während zur Unternehmung seines Landmannes Karumidse ein russischer Dolmetscher erschienen ist, der aber so mangelhaft übersezt, daß das Gericht die Hinzuziehung eines zweiten Dolmetschers beschließt. Von den Verteidigern der in München wohnhaften Angeklagten wurde

die Zuständigkeit dieses Gerichtes bestritten. Sie legten dar, daß der Hauptteil der Straftaten sich in Bayern abgepflegt habe und daß daher in Bayern verhandelt werden müßte. Das Gericht lehnte jedoch die dahingehenden Anträge der Verteidigung ab und begann mit der Vernehmung der Angeklagten. Schwierig und langwierig gestaltete sich die Vernehmung des Angeklagten Karumidse. Er hat, nach seinen Angaben, die Schule in Tiflis und die Universität in Moskau besucht und war dann ein Jahre Gesichtslehrer in Moskau. Während des Krieges war er Mitglied eines Ausschusses von zehn unterdrückten Rationen, der im Ausland Propaganda trieb. Nach dem Kriege wurde Georgien selbständig, und Karumidse wurde

Mitglied des Nationalrates und des ersten georgischen Parlaments. Nach der 1921 erfolgten Besetzung Georgiens durch Sowjettruppen ging er aus privaten wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland. Er suchte hier und auch in anderen Staaten Anschluss an Kreise, die die Selbständigkeit Georgiens wiederherstellen wollten. Um die Befreiungspolitik zu fördern, suchte er nach Geldmitteln, die er zum Teil auch bekam, und zwar von Stellen, deren Namen er nicht nennen will. Dann ist er auf den Gedanken der Fälschung russischer Eisernwonzennoten gekommen. Er wollte Sowjetrußland mit diesen Noten überschwemmen und dadurch die Sowjetherrschaft in Georgien beseitigen. Man wollte einen Aufruhr gegen die Sowjetregierung betreiben und Mittel für ein etwa sechsmonatiges Durchhalten dieses Aufruhrs durch die Fälschung der Noten in die Hand bekommen. Die falschen Noten sollten

nicht in Deutschland gedruckt werden, hier sollten nur die technischen Vorbereitungen getroffen werden. Dann kam es aber doch zu einem umfangreichen Probedruck; angeblich sollten aber auch die hierbei angefertigten Noten nicht in Deutschland verbreitet werden. Bei den Erzählungen Karumidses fragte der Vorsitzende den anwesenden Vertreter des auswärtigen Amtes, ob nicht Interessen des Deutschen Reiches geschädigt würden. Der Vertreter des auswärtigen Amtes erklärte: „Wir haben Georgien als unabhängigen Staat nicht anerkannt!“ Im übrigen entlastet Karumidse im Gegensatz zu seinen Aussagen in der Voruntersuchung jetzt die deutschen Angeklagten. Oberstaatsanwalt Teglass: Was ist aus den falschen Eisernwonznen geworden und welchen Erfolg hatten Sie davon? Karumidse: Der Erfolg war nur, daß die Eisernwonznen in Rußland gefälscht wurden. Einen Erfolg hatte ich überhaupt nicht, denn das Geld war für politische Arbeiten bestimmt. Am Dienstag soll der zweite georgische Angeklagte Sabatieraschwili vernommen werden.

Die französische Note über die Sanktionsfrage

Annäherung im Haag?

Besprechungen der Minister. Die gegenwärtig in der holländischen Residenz tagende zweite Haager Konferenz stellt bekanntlich nach allseitiger Angabe den Versuch einer vollständigen Liquidation des Weltkrieges, d. h. der Erledigung und Vereinfachung der zwischen den Mächten noch schwebenden strittigen Fragen vor. Im Vordergrund steht dabei selbstverständlich die

Auseinandersetzung zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern.

Diese Aufgabe umspannt vor allen Dingen die Ersetzung des aus dem Versailler Diktat resultierenden Dawes-Planes durch den neu formulierten Young-Plan, die Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen und die Schaffung der Internationalen Bank. Am Sonntag fanden bereits zwischen den deutschen Ministerdelegierten und den hauptsächlichsten Gegenpartnern, den französischen Ministern Tardieu und Briand, private Besprechungen statt, aus denen man eine wesentliche Annäherung in bezug auf die in letzter Zeit wieder so oft genannten französischen Sanktionsforderungen zu folgern glaubt. Die französische Propaganda hatte sich wieder lebhaft damit beschäftigt, wie denn Deutschland etwa dazu angehalten werden solle, seine Verpflichtungen aus dem Young-Plan auch wirklich innezuhalten, wenn etwa die Deutschen zu irgendeiner Zeit nicht mehr den guten Willen dazu zeigen würden. Aber sowohl Briand wie auch Tardieu deuteten an, daß von ernsthaften Sanktionen im Sinne etwa des berühmten Ruhreinfalles nicht die Rede sein könne, sondern nur von einer ordnungsgemäßen Verpflichtungseffektivierung. Der Entschluß Amerikas bezüglich seines Sonderabkommens mit Deutschland, sich zu begnügen mit der Erwartung von „Treu und Glauben“ auf deutscher Seite,

dürfte auf die französische Sinnesänderung von erheblichem Einfluß gewesen sein und die Pariser Hartnäckigkeit, die auch diesmal wieder die Traditionen eines Poincaré und eines Clemenceau fortzusetzen gedachte, gemildert haben.

Die sechs einladenden Mächte

mit Einschluß Deutschlands veranstalteten Montag eine Sitzung über mehrere Stunden erstreckende Sitzung, die ausschließlich der Frage der Festsetzung der Zahlungsstermine für Deutschland galt. Die deutsche Auffassung ging von vornherein dahin, daß für die Zahlungen ausschließlich der Monatsabschluß in Frage komme. Von der entgegen-gesetzten Seite wurde zum Teil der 1. jedes Monats, zum Teil der 15. verlangt. Die Termine sind wesentlich, denn sie bedeuten eine größere oder geringere Zinsbelastung der Deutschen. Die Erörterungen in der Ministersitzung wurden noch nicht abgeschlossen und dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gleichzeitig wurde der Gesamtkomplex der Finanzregelung, der sehr schwieriger Natur ist und wobei auch die Meinung der deutschen Sachverständigen ausführlich ins Gewicht fällt, besprochen.

Jedenfalls steht die deutsche Delegation auf dem Standpunkt, es könne nach Annahme des Young-Planes keinerlei Bezug mehr auf § 430 des Versailler Vertrages stattfinden. Dieser Paragraph gab den Franzosen seinerzeit den Anlaß sowohl zum Einsatz in das Ruhrgebiet wie zur Ausdehnung der Besatzung einer Reparationskommission. Niemals mehr darf irgendeine französische Regierung, falls sie etwa anderer Meinung ist wie die deutsche, auf den Gedanken kommen, ihre Ansichten mit Waffengewalt vertreten zu können.

Tardieu fordert Vereinfachung.

Der im Haag anwesende französische Ministerpräsident Tardieu soll in bemerkenswerter Weise, wie die Pariser Presse mitteilt, auf eine Vereinfachung der Verhandlungen hinwirken. Tardieu hat danach erklärt, er sei kaum nach Beginn der Verhandlungen bestürzt über die Menge von Wertlosigkeit, mit denen sich die internationale Politik den Weg verstopfe. Wenn die gegenwärtige Politik sich nicht auf andere Methoden besinne, so entstehe die Gefahr, daß man sich mehr und mehr der Rechtsverdrehung zu wende. Man ertrinke in einer Sintflut von Worten, anstatt sich zu einigen.

Diese Erklärung läßt sich wohl unterschreiben und fällt auch mit der deutschen Ansicht, zur Verbindlichkeitsklärung des Young-Planes genüge die Unterschrift der sechs einladenden Großmächte, während die neuerdings ihre Mitwirkung fordernden kleinen Staaten ihre Streitigkeiten untereinander regeln könnten, zusammen. Die anderen Großmächte sind gleicher Meinung. Tardiens Vereinfachungsprogramm tritt auch darin hervor, daß man sich jetzt zur Hauptsache über fünf oder sechs Punkte geeinigt haben soll, deren Erledigung den Erfolg der Konferenz bedeuten würde. Diese Punkte sind: die Festsetzung der deutschen Zahlungsstermine, die Gewährleistung der deutschen Marktwährung, das deutsch-amerikanische Abkommen, die Erledigung der Vergangenheit, die Internationale Bank, die deutschen Sicherheiten, bestehend in der Rentabilität der Reichsbank usw. Die oben baldige Klärung der dritten Rheinlandszone ist selbstverständlich vorzuziehen.

Die Reparationen.

Bei den gleichfalls Montag fortgesetzten Beratungen des Ausschusses für die Reparationen gab der österreichische Bundeskanzler Schober eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß seine Verhandlungen mit den anderen Staaten während der beiden letzten Tage ohne Erfolg geblieben seien. Österreich, wo jeder Schilling, der aus der Bevölkerung herausgezogen werde, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verwendet werden müsse, sei nicht imstande, die von ihm geforderten Zahlungen zu leisten. Benesch (Tschechoslowakei), Proszowski (Jugoslawien) und Wironescu (Rumänien) erklärten darauf, daß sie trotz dieser Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers zuversichtlich seien und weitere Verhandlungen vorschlugen.